Landtag Nordrhein-Westfalen

14. Wahlperiode



Ausschussprotokoll APr 14/200

11.05.2006

Hauptausschuss

16. Sitzung (öffentlich)

11. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1

Zur Tagesordnung

a) zu TOP 9

Es erheben sich keine Bedenken gegen die Anregung des Vorsitzenden, den Punkt 9

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Austritts aus Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (Kirchenaustrittsgesetz - KiAustrG) und des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (Justizverwaltungskostengesetz - JVKostG)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1518 Vorlage 14/458

in sachlichem Zusammenhang mit der Anhörung zu TOP 3

Kirchengebäude erhalten statt abreißen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1108

zu behandeln.

11.05.2006

ni-be

b) zu TOP 2

Vorsitzender Werner Jostmeier teilt mit, die SPD-Fraktion, die den Punkt

Medienforum NRW und Cologne Conference

Informationen zum Sachstand durch die Landesanstalt für Medien vertrauliche Vorlage 14/8

beantragt habe, sehe nach Eingang der vertraulichen Vorlage keinen Anlass mehr für eine Debatte im Ausschuss.

Bilaterale Verträge zur grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich sowie den Niederlanden und multilateraler Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Österreich und Spanien

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 14/1578

- abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Innenausschusses zu dem Staatsvertrag in seiner Sitzung am Nachmittag im Hauptausschuss bereits am Vormittag eine Beschlussempfehlung für die zweite Lesung im Plenum abzugeben, erheben sich keine Einwände.

Der Ausschuss stimmt sodann dem Staatsvertrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

2

11.05.2006

ni-be

2 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

3

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/569

Ausschussprotokoll 14/137

Vorlage 14/463 (Stellungnahme der Landesregierung)

- nach Möglichkeit abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

- Diskussion

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion dafür aus, im Hauptausschuss vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Generationen, Familie und Integration heute abzustimmen.

Anschließend billigt der Ausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

3 Kirchengebäude erhalten statt abreißen!

8

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1108

 Öffentliche Anhörung von Sachverständigen gemäß § 56 der Geschäftsordnung

Institution	Redner/-in	Stellung- nahme	Seiten
Städtetag NRW, Köln/Städte- und Gemeindebund NRW, Düs- seldorf	DiplIng. Rainer Rossmann	14/404	8, 24
Katholisches Büro Nordrhein- Westfalen, Kommissariat der Bi- schöfe in NW	Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt	14/415	10, 25

11.05.2006 ni-be

Institution	Redner/-in	Stellung- nahme	Seiten
Evangelisches Büro, Düsseldorf	Kirchenrat Rolf Krebs		12, 25
Bischöflicher Beauftragter für Kirche und Kunst, Essen	Dr. Herbert Fendrich		14,27
Rheinisches Amt für Denkmal- pflege, Pulheim	Dr. Dr. h. c. Christoph Machat	14/403	15, 27
Westfälisches Amt für Denkmal- pflege, Münster	Dr. Ursula Quednau	14/403	17, 28

Seite

29

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Austritts aus Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (Kirchenaustrittsgesetz - KiAustrG) und des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (Justizverwaltungskostengesetz - JVKostG)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1518

Vorlage 14/458

- abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

Nach kurzer Diskussion billigt der Ausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

5 Strukturförderpolitik für NRW 2007 - 2013 -Den Strukturwandel weiter erfolgreich gestalten 30

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/467

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen dafür aus, den Antrag abschließend zu beraten und abzustimmen.

11.05.2006 ni-be

36

36

Der Antrag wird sodann mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

6 Die Chancen der Digitalisierung für NRW nutzen - DVB-T in konzertierter Aktion stärken

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/871

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss verständigt sich angesichts des fast abgeschlossenen Bemühens, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu formulieren, darauf, die abschließende Beratung und Abstimmung erst in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

7 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/1193

Vorlage 14/462

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD zu.

11.05.2006

ni-be

8 Regionale Partnerschaft mit der Türkei begründen

37

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1106

In Verbindung damit:

Zusammenarbeit mit der Türkei praxisnah und sachorientiert gestalten

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/1164

Und:

Zusammenarbeit mit der Türkei intensivieren und weiterentwickeln

Gemeinsamer Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE (s. Anlage)

- abschließende Beratung und Abstimmung

Die Fraktionen der SPD sowie die Fraktionen von CDU und FDP ziehen ihre Ursprungsanträge Drucksache 14/1106 beziehungsweise den Entschließungsantrag Drucksache 14/1164 zurück.

Der gemeinsame Antrag wird sodann mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

9 Gesetzliche Mindestlöhne: Nordrhein-Westfalen unterstützt nationale Regelung

38

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/1563

- abschließende Beratung und Abstimmung zwecks Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss zu verzichten, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

11.05.2006 ni-be

10 Verschiedenes 39

- a) Testphase des Netzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR) für die Subsidiaritätskontrolle
- b) Zuordnung von Übertragungskapazitäten für den Rundfunk

Vorlage 14/448

Der Vorsitzende stellt die Kenntnisnahme fest.

- c) Termin für eine weitere Sitzung des Hauptausschusses
- d) Termin für eine Informationsreise einer Delegation des Hauptausschusses
